

Luiza Licina-Bode, MdB

Wahlkreis 148—Tatkraft für Siegen-Wittgenstein



Bericht aus Berlin - September 2022 -



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Verbraucher:innen ächzen und die Wirtschaft stöhnt: Seit Wochen haben wir in Berlin und in Brüssel nach einer wirksamen Reaktion auf die schwindelerregend hohen Energiepreise gesucht.

Die Gasumlage ist inzwischen vom Tisch, stattdessen kommt nur der Abwehrschirm.

Russland kämpft nicht nur einen militärischen Krieg in der Ukraine, Russland nutzt auch Energie als Waffe. In den letzten Wochen hat sich die Lage dramatisch zugespitzt. Seit Beginn des Krieges hat Präsident Putin die Gasversorgung als politische und ökonomische Waffe

gegen die Unterstützung der westlichen Welt, insbesondere Europa, eingesetzt. Ab jetzt ist mit Gaslieferungen aus Russland nicht mehr zu rechnen.

Die Bundesregierung hat mit ihren bisherigen Entscheidungen stets konsequent auf die Lage reagiert. Sie hat Gasimporteure und Energieversorgungsunternehmen mit Liquidität und Krediten gestützt. Einzelne Unternehmen wurden unter staatliche Treuhand gestellt oder verstaatlicht, um die Energieversorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft zu erhalten. Mit den Sabotageakten auf die Gaspipelines in der Ostsee ist eine weitere Eskalationsstufe erreicht.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf Europa und unser Land. Es geht um unsere Sicherheit, um unsere Freiheit und um unseren Wohlstand. Mit unseren Partnern in Europa und der Welt unterstützen wir deshalb die Ukraine und verteidigen die Werte von Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie in Europa. Präsident Putin hat diesen Krieg zu verantworten, mit all seinen Konsequenzen.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs belasten die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft in Deutschland stark – insbesondere die steigenden Energiekosten führen zu anhaltend hoher Inflation. Dadurch geht Kaufkraft verloren, Unternehmen verlieren an Wettbewerbsfähigkeit. Wir stehen daher einig und solidarisch zusammen. Wir werden die wirtschaftliche Substanz unseres Wohlstandes erhalten. Niemand in Deutschland wird mit den Folgen des Krieges alleingelassen.

Die neue Lage erfordert erneut eine konsequente Antwort: Mit einem umfassenden Abwehrschirm werden die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abgefedert. Dies wahrt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die ökonomische Leistungsfähigkeit unseres Landes. Es werden mehr Kapazitäten bei Wärme und Strom in den Markt gebracht. Durch Einsparungen wird die Abhängigkeit von Gas – und auch anderen fossilen Energieträgern – schneller reduziert. Neben der Strompreisbremse wird die Bundesregierung eine Gaspreisbremse einführen. Für den Abwehrschirm stellt die Bundesregierung umfangreiche Finanzmittel in Höhe von bis zu 200 Milliarden Euro zur Verfügung.

Und auch die EU-Staaten haben sich angesichts hoher Energiepreise auf europäische Notmaßnahmen verständigt, um Strom zu sparen und Entlastungen zu finanzieren. Die zuständigen Minister einigten sich heute darauf, dass Energieunternehmen künftig einen Teil ih-



Krisengewinne an den Staat abgeben müssen. Mit diesem Geld sollen Verbraucher:innen entlastet werden. Die Einigung muss noch formell bestätigt werden.

Da der Gaspreis vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine stark gestiegen ist, ist auch Strom teurer geworden. Das liegt daran, dass der Strompreis durch das teuerste Kraftwerk bestimmt wird, das zur Produktion eingeschaltet wird - derzeit sind das vor allem Gaskraftwerke. Auch Produzenten von billigerem Strom - etwa aus Sonne, Wind, Atomkraft oder Braunkohle - können diesen zu hohen Preisen verkaufen.

Ihre Einnahmen sollen künftig bei 180 Euro pro Megawattstunde gedeckelt werden. Mit dem Überschuss sollen Entlastungen für Bürger finanziert werden. Wir sind darauf vorbereitet und können schnell in die Umsetzung des Beschlusses gehen.

Die Maßnahmen treffen nicht nur die Produzenten von billigem Strom aus erneuerbaren und anderen Quellen, sondern auch Öl-, Kohle- und Gasunternehmen sowie Raffinerien. Sie sollen eine Solidaritätsabgabe von mindestens 33 Prozent auf ihre Übergewinne zahlen. Mit dem Geld sollen ebenfalls Entlastungen für Bürger und Unternehmen finanziert werden.

Die EU-Vertreter billigten auch ein verpflichtendes Stromsparziel von fünf Prozent in Zeiten hoher Nachfrage. Dann kostet Strom besonders viel, da teures Gas zur Produktion genutzt werden muss. Insgesamt sollten die EU-Länder ihren Stromverbrauch freiwillig um 10 Prozent senken.

Weiterhin haben wir heute im Bundestag die befristete Absenkung der Mehrwertsteuer auf Gas mit breiter Mehrheit beschlossen. Dafür stimmten neben den Koalitionsfraktionen am Freitag auch CDU/CSU und AfD, die Linke enthielt sich der Stimme. Die Maßnahme war ursprünglich als Ausgleich für die Gasumlage gedacht, die nun aber doch nicht eingeführt wird.

Unsere wirtschaftliche Stärke erlaubt es uns diese Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbraucher:innen weiter zu entlasten.

Der Mehrwertsteuersatz soll für Gaslieferungen über das Erdgasnetz von 19 auf sieben Prozent gesenkt werden, und zwar befristet vom 1. Oktober bis Ende März 2024. Gelten soll dies auch für Fernwärme, mit der vor allem viele Mietwohnungen versorgt werden.

Wir wollen verhindern, dass der Staat von hohen Preisen profitiert. Auch ohne Gasumlage und mit Gaspreisbremse werden die Preise für die Verbraucher:innen noch hoch sein und damit eine Belastung darstellen.

Wir arbeiten auch weiter am Ausbau zusätzlicher Energiequellen, um uns weiter unabhängig von ausländischen Energieimporten zu machen.

Das 200-Milliarden-Paket werden wir über neue Schulden finanzieren, die offiziell dem Jahr 2022 zugerechnet werden. Damit könnte die Schuldenbremse formal 2023 eingehalten werden. Über die Ausgestaltung der damit zu finanzierenden Maßnahmen soll bis Mitte Oktober zunächst eine Expertenkommission beraten.

Zukünftige Abkehr von Tierversuchen: Über 1 Million Stimmen für die Europäische Bürgerinitiative „Für ein Europa ohne Tierversuche“ gesammelt

Am 01. September 2022 wurde das vorläufige Ergebnis der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Save Cruelty Free Cosmetics – Für ein Europa ohne Tierversuche“ bekannt. Wenngleich die offizielle Validierung noch aussteht, entfalten die über 1,4 Millionen abgegebenen Stimmen eine große politische Signalwirkung.

Die Europäerinnen und Europäer fordern deutlich den Ausstieg aus Tierversuchen. Diese Handlungsaufforderung muss die Europäische Kommission nach der Prüfung auf Gültigkeit sorgfältig evaluieren.

Allein im Jahr 2020 lag die Zahl der Versuchstiere in Deutschland bei über 1,8 Millionen Tieren. Trotz des Tierversuchsverbots in der Kosmetik sind Tierversuche für die Grundlagenforschung und Sicherheitstests von Chemikalien und Medikamenten gängige Praxis oder gar verpflichtend.

Bereits 2010 trat die EU-Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere in Kraft. Die bisherigen Änderungen des deutschen Tierversuchsrechts 2021 entsprechen noch immer nicht den Anforderungen der EU-Richtlinie. Es gibt viel Nachbesserungsbedarf und Handlungspotential, das auf nationaler und europäischer Ebene ausgeschöpft werden muss.

Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir uns im Koalitionsvertrag auf eine Reduktionsstrategie zu Tierversuchen geeinigt. Darüber hinaus braucht es die verstärkte Forschung zu Alternativen, deren praktische Umsetzung sowie die Etablierung eines ressortübergreifendes Kompetenznetzwerks.



Die 300.000 Stimmen aus Deutschland für die EBI unterstreichen, dass unsere politischen Forderungen über die bisherigen Vereinbarungen hinaus gehen müssen. Für einen wirksamen Tierschutz braucht es eine langfristige Ausstiegsstrategie sowie die verstärkte Förderung für Forschungsalternativen.



Kommunale Altschuldenregelung jetzt!

Resolution der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion

Die Altschuldenentlastung unserer Kommunen war im Wahlkampf ein zentrales Thema für mich, wofür ich in Berlin weiter gekämpft habe. Ich freue mich darüber, dass es uns bereits nach nur zwölf Monaten im Bundestag gelungen ist den Weg dafür frei zu machen.

Die Altschuldenproblematik ist hinlänglich bekannt – jetzt geht es darum, endlich eine Lösung zu finden!

Denn für uns ist klar: Eine Regelung zur Altschuldentilgung ist notwendiger denn je. Sie muss jetzt erfolgen, sie muss solidarisch vom Bund und den betroffenen Ländern getragen werden, sie muss die bisherigen Entschuldungsbemühungen der Länder berücksichtigen und sie muss verhindern, dass es künftig zu einer Neuverschuldung kommt.

Der Abbau der Altschulden darf auch wegen der wieder steigenden Zinsen nicht weiter aufgeschoben werden.

Der Bund hat sich zu seiner Mitverantwortung bekannt. Die Lösung der Altschuldenproblematik ist ein Auftrag des aktuellen Koalitionsvertrags, der – anknüpfend an das Konzept von Olaf Scholz im Rahmen des Kommunalen Solidarpakts 2020 – einen detaillierten Lösungsvorschlag enthält. Dieser setzt voraus, dass erstens die Länder mit ihren betroffenen Kommunen mitmachen und zweitens die CDU/CSU endlich staatspolitische Verantwortung übernimmt und für die nötige verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag und Bundesrat sorgt.

Die schwarz-grüne Regierung des Landes mit den meisten betroffenen Kommunen unternimmt bisher nichts, um diesen Prozess zu beschleunigen, obwohl sie das größte Interesse an einer Lösung haben sollte. Stattdessen zeigt CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst auf den Bund. CDU und Grüne sollen ihrer Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag folgen und konstruktiv an einer Lösung mitarbeiten. Das Land sollte Bereitschaft für eine gemeinsame Lösung signalisieren.

Malu Dreyer hat es in Rheinland-Pfalz vorgemacht, indem das Land dieses Jahr als Signal gegenüber dem Bund die Hälfte der kommunalen Schulden übernommen hat. NRW ist das einzige Land mit einer hohen Zahl betroffener Kommunen, das bisher keinen eigenen Beitrag zur Lösung der Altschuldenproblematik präsentiert hat.

Die Entschuldungsprogramme der Länder werden bei einer Bund-Länder-Lösung berücksichtigt. Das steht klar im Koalitionsvertrag. Statt auf die Bundesregierung zu warten, sollte Hendrik Wüst seinen Beitrag im eigenen Land leisten und die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Gleichzeitig sollte er seine Parteifreunde Friedrich Merz (ebenfalls Vertreter des Landes mit den meisten Altschulden) und die Ministerpräsidenten der unionsgeführten Länder von der Notwendigkeit der solidarischen Altschuldenlösung überzeugen.

An der Bundesregierung wird sie nicht scheitern.

Es verwundert, dass Hendrik Wüst nun das fordert, was er 2020 als Mitglied der damaligen Landesregierung selbst abgelehnt hat: eine Initiative des Bundes zur Lösung der Altschuldenfrage. Die Lösung stand im Mai 2020 bereit, gescheitert ist sie am Widerstand der Union. Der damalige Finanzminister Olaf Scholz hat den Kommunen angeboten, ihre übermäßigen



Liquiditätskredite – je zur Hälfte mit den jeweiligen Ländern – zu übernehmen und damit allen betroffenen Kommunen einen Neustart zu ermöglichen.

Die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung hat die ausgestreckte Hand des Bundes ausgeschlagen und damit eine historische Chance für die nordrhein-westfälischen Kommunen vertan.

Jetzt auf den Bund zu zeigen, ist pharisäerhaft.

Die Mitglieder der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion bekennen sich zum Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition und fordern eine zügige Umsetzung der darin vereinbarten Lösung der Altschuldenproblematik.

Wir erkennen an, dass die Bundesregierung zu ihrer Verantwortung steht. Gefordert sind nun die CDU-geführte Landesregierung in NRW, endlich einen eigenen Beitrag zur Entschuldung zu präsentieren, sowie die Union im Bund, ihre Blockadehaltung im Bundestag und Bundestrat gegen einen einmaligen Beitrag des Bundes zur Entschuldung der betroffenen Kommunen aufzugeben.

Auch künftig Sprachförderung in Kitas

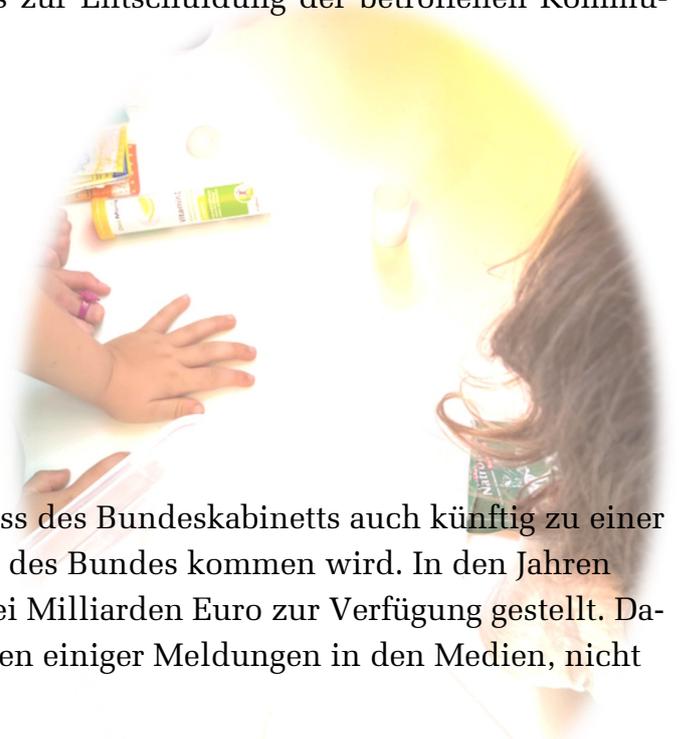
Bundeskabinett beschließt weitere Förderungen

Ich begrüße es sehr, dass es nach einem Beschluss des Bundeskabinetts auch künftig zu einer Unterstützung der Kindertagesbetreuung seitens des Bundes kommen wird. In den Jahren 2023 und 2024 werden den Ländern je rund zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Damit wird die Förderung für Sprach-Kitas, entgegen einiger Meldungen in den Medien, nicht abgeschafft.

Die besondere Bedeutung der sprachlichen Bildung von Kindern während der ersten Lebensjahre ist uns bewusst. Daher ist es nur folgerichtig, dass die Sprachförderung in der Kita auch zukünftig einen Schwerpunkt bilden soll. Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzumildern, soll daneben auch die Förderung der kindlichen Entwicklung, Gesundheit, Ernährung und Bewegung stärkere Berücksichtigung finden.

Daneben ist die geplante verpflichtende Staffelung der Elternbeiträge nach Einkommenshöhe ein wichtiger Schritt, um Familien mit niedrigem Einkommen gezielt zu entlasten.

Mit Investitionen in gute Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur investieren wir in die Zukunft der Kinder, stärken Familien und sorgen für eine bessere Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf!



Nach der sitzungsfreien Zeit im Sommer traf sich die SPD-Bundestagsfraktion Anfang September zu einer zweitägigen Klausurtagung in Dresden.

Wir sorgen für eine sozial gerechte Transformation „Sicherheit geben. Chancen schaffen.“ – das ist unsere Botschaft aus Dresden. Klar ist: der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft ist dringend notwendig. Und dabei müssen alle mitgenommen werden. Den anstehenden Herausforderungen begegnen wir mit konkreten Antworten, denn wir wollen den Wandel sozial gestalten, die Chancen der Transformation nutzen und eine gerechte Finanzierung sicherstellen. Wir stabilisieren in der Krise und bauen Zukunftsinvestitionen aus. In Zeiten sich überlappender Krisen wollen wir haushaltspolitisch handlungsfähig bleiben. Wir wollen die großen Herausforderungen sozial gerecht und nicht zu Lasten der Schwächsten bewältigen. Daher treffen wir Vorsorge und stellen im Haushalt beispielsweise 5,4 Milliarden Euro zur Sicherung der Energieversorgung bereit. Zugleich denken wir auch an morgen. Unsere Investitionsausgaben steigen auf Rekordniveau: Bis 2026 investieren wir rund 265,6 Milliarden Euro. Damit sorgen wir dafür, dass die Transformation der deutschen Volkswirtschaft in eine nachhaltige, klimaneutrale und digitale Wirtschaft gelingen kann. Wir stellen die Energieversorgung sicher und sorgen für bezahlbaren Strom. Russland setzt weiterhin Energie als Waffe ein und treibt die Energiepreise hoch. Uns steht deshalb ein Winter der Herausforderungen bevor – in den wir aber nicht unvorbereitet gehen. Im Gegenteil: Wir diversifizieren die Bezugsquellen, füllen die Gasspeicher und stellen so die Gasversorgung in Deutschland sicher. Zugleich schöpfen wir Zufallsgewinne von solchen Unternehmen ab, die von den hohen Energiepreisen aktuell besonders profitieren – auf EU-Ebene oder, wenn nötig, auch nur



hierzulande. Die Einnahmen nutzen wir zur Finanzierung einer Strompreisbremse, die Privathaushalten den Basisverbrauch an Strom zu einem vergünstigten Preis gutschreibt. Parallel treiben wir den maximalen Ausbau der Erneuerbaren Energien voran, um uns langfristig unabhängig zu machen von russischer und von fossiler Energie.

AUS DEM BUNDESTAG

Wir entlasten die Bürger:innen um weitere 65 Milliarden Euro

Das dritte Entlastungspaket steht. Mit einem Volumen von 65 Milliarden Euro ist es mehr als doppelt so groß wie das erste und zweite Paket zusammen. Besonders Gering- und Normalverdienende nehmen wir in den Blick. Durch eine umfassende Wohngeldreform ab 2023 erhalten künftig deutlich mehr Menschen finanzielle Hilfe. Zudem gibt es einen zweiten Heizkostenzuschuss von mindestens 415 Euro. Wir erhöhen das Kindergeld um 18 Euro monatlich – das bedeutet für eine Familie mit zwei Kindern ein Plus von 864 Euro in den kommenden zwei Jahren. Zugleich entlasten wir Rentner:innen mit einer Energiepreispauschale von 300 Euro zum 1. Dezember 2022. Studierende und Fachschüler:innen erhalten 200 Euro, neben dem bereits beschlossenen Heizkostenzuschuss von 230 Euro. Durch das neue Bürgergeld, das Anfang 2023 eingeführt wird, steigen die Regelsätze in der Grundsicherung auf rund 500 Euro. Und wir geben Beschäftigten und Unternehmen mehr Sicherheit, indem wir die Regeln für das Kurzarbeitergeld über den 30. September 2022 hinaus verlängern.



Eure / Ihre

Ulrich Giese

AUS DEM BUNDESTAG

Schülergruppen zu Besuch im Bundestag

In den vergangenen Wochen konnte ich mehrere Schülergruppen im Bundestag begrüßen.

Bei den interessanten Gesprächen habe ich mindestens so viel von den Schüler:innen gelernt wie diese bei ihrem Besuch im Deutschen Bundestag.



Gruppe der Clara-Schumann-Gesamtschule aus Kreuztal.



Gruppe des Städtischen Gymnasiums aus Bad Laasphe.



Gruppe der Bertha-von-Suttner Gesamtschule in Siegen, die ich gemeinsam mit Laura Kraft empfangen habe.

AUS DEM BUNDESTAG



Nach meiner ersten Rede im Bundestag folgte kurz vor der Sommerpause meine zweite, diese zum Thema der Fluggastrechte.

Meine dritte Bundestagsrede durfte ich Anfang September im Rahmen der Haushaltsberatungen zu später Stunde im hohen Haus halten.

Ich habe mich u.a. für die bessere Finanzierung der Tierheime eingesetzt. Diese sind aktuell bereits stark durch in der Corona-Krise angeschaffte und nun störende Haustiere belastet und sollen nun auch, zumindest zeitweise,

Haustiere aus der Ukraine geflüchteter

Gruppe des Gymnasiums Stift Keppel

Menschen versorgen und unterbringen. Mit diesen Aufgaben dürfen wir die Tierheime nicht alleine lassen und sollten ihnen finanzielle Hilfen anbieten.

Auch vor meiner dritten Rede war ich noch ein wenig aufgeregt, aber auch entschlossen, mich für die Tierheime einzusetzen.

Alle Reden sind in der Mediathek des Bundestages einsehbar.

Abgeordnetenbüro Berlin

Sabine Herget

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030 / 227-78 603
Fax 030 / 227-237 6803
E-Mail luiza.licina-bode@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bad Laasphe

Sandra Peiser

Ludwig-Koch-Straße 9
57334 Bad Laasphe

Telefon 02752 507 5907

E-Mail luiza.licina-bode.ma03@bundestag.de

Impressum

Luiza Licina-Bode, MdB
(V.i.S.d.P.)

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

030 / 227-78 603
030 / 227-237 6803
luiza.licina-bode@bundestag.de

Redaktion: Sandra Peiser
Sabine Herget

Bild S. 3: Pixabay

Weitere Informationen

www.luizalicinabode.de

AUS DEM WAHLKREIS

Aus dem Wahlkreis erreichen mich täglich zahlreiche Zuschriften besorgter Bürger:innen und Firmen, die in der derzeitigen schwierigen Lage zutiefst verunsichert sind und oft nicht mehr wissen, wie es weitergehen soll. Ich bemühe mich möglichst jede Anfrage zeitnah zu beantworten oder Termine für persönliche Gespräche anzubieten. Das gelingt nicht immer, seien Sie aber versichert, dass ich Ihre Sorgen und Anregungen mit nach Berlin nehme und dort in der politischen Arbeit einbringe.

Nutzen Sie die Möglichkeit mit mir in Kontakt zu treten. Schreiben Sie mir einen Brief, eine E-Mail oder rufen Sie in meinem Wahlkreisbüro an.

Schmidt-Nienhagen-Medaille 2022 für Otto Marburger aus Bad Berleburg

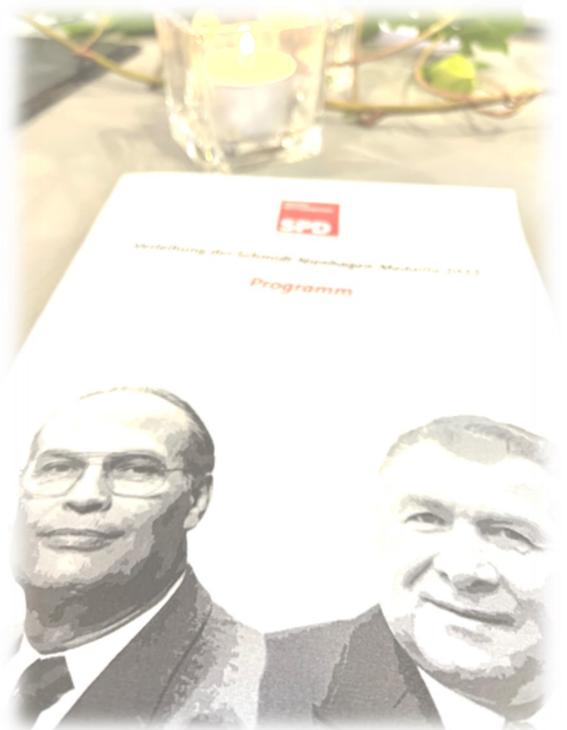
Am ersten Samstag im September wird traditionell die Schmidt-Nienhagen-Medaille der SPD-Kreistagsfraktion Siegen-Wittgenstein an verdiente SPD-Mitglieder verliehen, die sich über Jahrzehnte ehrenamtlich engagiert haben. Dabei wird nicht nur das Engagement für die Partei

bewertet, sondern auch das darüber hinaus gehende Engagement für die Gesellschaft. In diesem Jahr ist die Wahl auf Otto Marburger gefallen, der sich nicht nur in der SPD Siegen-Wittgenstein, sondern auch in der Kulturszene einen guten Namen erarbeitet hat. Otto ist seit 1969 Mitglied der SPD, war stellvertretender UB-Vorsitzender, Ratsmitglied in Bad Berleburg und sachkundiger Bürger beim Kreis. Er war 25 Jahre als Presbyter in Schwarzenau tätig, hat in seinen 25 Jahren als Vorsitzender der Kulturgemeinde Bad Berleburg diese wesentlich mitgeprägt, war Mitorganisator beim Literaturpflaster, 12 Jahre Vorsitzender des

Kulturrings Siegen, Vorsitzender des Heimatvereins Wittgenstein ... die Liste seiner Ehrenämter ist lang.

Lieber Otto, es war mir eine Ehre die Festrede halten zu dürfen und an deinem Ehrentag dabei zu sein!

Das hast du dir redlich verdient.



AUS DEM WAHLKREIS



Seit 40 Jahren ist der Siegener ADAC Rettungshubschrauber „Christoph 25“ im Einsatz.

Seit seiner Indienststellung im Jahr 1982 hat er sich als wertvoller Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Rettungsdienstsystems etabliert und wird nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundeslandübergreifend auch in Rheinland-Pfalz und Hessen eingesetzt.

Insgesamt mehr als 42.000-mal hob der am Diakonie Klinikum Jung-Stilling stationierte Rettungshubschrauber in den vergangenen vier Jahrzehnten ab, um schnelle medizinische Hilfe aus der Luft zum Patienten zu bringen.

Zum Tag der offenen Tür habe ich mich vor Ort über die Arbeit des ADAC-Rettungshubschraubers informieren können.

In den vergangenen Monaten durfte ich an einigen Ortsvereinssitzungen teilnehmen und dabei auch langjährige SPD-Mitglieder ehren und über die politische Arbeit in Berlin berichten.

Vielen Dank für die Einladungen, ich freue mich sehr, dass wir im direkten politischen Meinungs-austausch bleiben.

Rechts: SPD-OV Siegen-Süd

Unten: SPD Stadtverband Bad Laasphe



AUS DEM WAHLKREIS

Sommertour der Südwestfälischen SPD

Auch in diesem Jahr habe ich an der Sommertour der südwestfälischen SPD-Abgeordneten teilgenommen. Bei der von Dirk Wiese organisierten Tour waren wir auch in Kreuztal beim Containerterminal der KSW zu Gast. Auch durch die Sperrung der A 45 wird der Transport von Gütern auf der Schiene



immer wichtiger. Weiterhin setze ich mich bei der DB und Verkehrsminister Wissing für den vollständigen zweigleisigen Ausbau der Siegstrecke ein. Dies würde nicht nur den Transport der Güter auf dieser Strecke erleichtern sondern auch für weniger Verspätungen auf der Strecke sorgen, die dann Auswirkungen auf die Pünktlichkeit der RB 93 und der RB 94 haben. Das Projekt ist zwar im Bundes-

verkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf, befindet sich derzeit aber noch nicht einmal in der Planungsphase. Das muss sich schnellstens ändern. Als nächste Station haben wir gemeinsam die Alte Synagoge in Bad Laasphe besucht. Diese bewirbt sich aktuell um Bundesfördermittel, um das Gebäude in einen Ort der Erinnerung umzubauen.

Begleitet wurde ich von meinen Bundestagskolleg:innen Nezhahat Baradari aus Olpe und Dirk Wiese aus dem HSK, den MdLs Marie-Christin Stamm und Inge Blask und Karl-Ludwig Völkel vom SPD-Unterbezirk.



AUS DEM WAHLKREIS



50 Jahre SPD-Mitgliedschaft—hoher Besuch für Karl-Heinz

Schleifenbaum aus Kreuztal

Zur Feier der 50-jährigen Mitgliedschaft von Karl-Heinz Schleifenbaum in der SPD-konnte der SPD-Ortsvereins Kreuztal-Littfeld einen besonderen Gast begrüßen—den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich. Rolf Mützenich würdigte die langjährige Treue von Karl-Heinz Schleifenbaum zur SPD und dessen 45-jährige Ratsarbeit in Kreuztal, davon 36 Jahre als Fraktionsvorsitzender. Mützenich berichtete über die aktuellen Themen in Berlin und beantwortete geduldig Fragen aus den Reihen des Ortsvereins.

Neben mir nahmen auch meine Kollegin aus dem Nachbarwahlkreis, Nezahat Baradari, und mein Vorgänger im Amt, Willi Brase, an der Ehrung teil.



AUS DEM WAHLKREIS

Siegerer Museum für Gegenwartskunst erhält Bundesfördermittel

Ich freue mich, dass Bundesfördermittel in Höhe von 5.417.859 Euro in den Wahlkreis fließen

Nachdem die Siegerer Museen in der „ersten Runde“ der Fördermittelzuweisungen des Bundes in diesem Jahr leider nicht zum Zuge gekommen sind ist diese Nachricht aus Berlin umso erfreulicher: Für die notwendige Erweiterung des Museums für Gegenwartskunst in Siegen gewährt der Bund eine Förderung von 5.417.859 Euro, also 50% der geschätzten Kosten.

Ich habe mich in Berlin seit Beginn des Jahres für die Museen in Siegen eingesetzt und freue mich jetzt sehr, dass diese hohe Fördersumme nach Siegen geht.

Bereits im Dezember 2021 habe ich das Museum auf Einladung von Direktor Thomas Thiel und Winfried Schwarz besucht und mir die geplante Erweiterung des Museums vorstellen lassen.



Das Museum für Gegenwartskunst hat eine außergewöhnliche und wertvolle Sammlung moderner Kunst zu bieten und ist ein Alleinstellungsmerkmal für Siegen. Auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten, wie wir sie gerade erleben, ist es wichtig Kultur für alle erlebbar zu machen. Das gelingt uns in Siegen-Wittgenstein mit diesem Museum und ich bin froh, dass diese gute Arbeit weiter fortgeführt und ausgebaut werden kann.

Im Dezember 2021, noch mit Masken, beim Besuch des Museums für Gegenwartskunst in Siegen mit Winfried Schwarz und Direktor Thomas Thiel.

ZUM GUTEN SCHLUSS ...



Im Bundestag besteht mein Alltag zu-
meist aus zuhören, lesen und vielen Sit-
zungen. Da sind dann Termine, bei de-
nen ich draußen unterwegs sein kann
umso willkommener. Der Förderverein
der deutschen Schafhaltung e.V. hatte
mich eingeladen um mir zu zeigen, wie
der Herdenschutz in Deutschland zzt.
aussieht, also „Herdenschutz erlebbar“
gemacht. Dafür wird der Herdenschutz-
zaun „doppelt“ aufgestellt . Das durfte
ich dann auch selbst ausprobieren. Dafür

vielen Dank an Wendelin Schmücker und Ar-
min Kütke. Die Weidetierhalter treibt natürlich
die Sorge vor Wolfsangriffen auf ihre Weidetiere
um. Der Wolf ist eine international streng ge-
schützte Art. Durch ein umfangreiches Moni-
toring unter Leitung des LANUV wird die Rück-
kehr und Wiederausbreitung begleitet. Nach
dem Fall der Mauer im Jahre 1989 haben sich
die Wölfe, ausgehend von Polen, über die neuen
Bundesländer nach Westen bis Nordrhein-
Westfalen und darüber hinaus ausgebreitet.
Mittlerweile sind in NRW nach der Sesshaftwer-
dung von Wölfen drei Wolfsterritorien ausge-
wiesen. Zwei weitere Gebiete grenzen unmittel-
bar an NRW an. Um diese Territorien wurden Pufferzonen eingerichtet. Mit Ausnahme der
Stadt Bad Berleburg liegt auch der gesamte Kreis Siegen-Wittgenstein in einer Pufferzone,
die am Stegskopf im angrenzenden Rheinland-Pfalz eingerichtet wurde. In diesem Gebiet
haben die Halter von gefährdeten Nutztieren die Möglichkeit, finanzielle Hilfen für den
Zaunbau zur Wolfsabwehr in Anspruch zu nehmen. Wir werden, auch im europäischen
Kontext, die Ausbreitung der Wölfe genau beobachten und untersuchen, wie viel Wolf wir
vertreten können.



Schöne Herbstferien!

Eure Luiza